Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Abkürzungsverzeichnis 23

Einleitung 31

I. Gegenstand der Untersuchung 31

II. Gang der Darstellung 32

Teil I: Einführung 35

I. Begriff und Zweck des einstweiligen Rechtsschutzes 37

A. Allgemeines 37

B. Überblick über die Formen des einstweiligen Rechtsschutzes 37

1. Allgemeines 37
2. Einstweilige Sicherungsverfügungen (ieS) 38
3. Einstweilige Regelungsverfügungen 39
4. Einstweilige Leistungsverfügungen 39

Teil II: Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach der EuGVVO 41

I. Einführung 43

A. Begriff und Grenzen der internationalen Zuständigkeit 43

B. Die Normierung der internationalen Zuständigkeit durch den europäischen Gesetzgeber 46

C. Der Anwendungsbereich der EuGVVO 47

1. Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich der EuGVVO 47
   - 1.1 Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich der EuGVVO nach geltendem Recht 47
   - 1.2 Ausblick: Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich der EuGVVO nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO 49
2. Der sachliche Anwendungsbereich der EuGVVO 51
3. Der zeitliche Anwendungsbereich der EuGVVO 53
4. Vorliegen eines Auslandsbezuges als Voraussetzung für die Anwendbarkeit der EuGVVO 54

D. Anwendbarkeit der EuGVVO auf Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes? 56

E. Der Anwendungsbereich der EuGVVO für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes ... 58

1. Allgemeines ... 58
2. Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich der EuGVVO für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes ... 60
3. Der sachliche Anwendungsbereich der EuGVVO für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes ... 62
   3.1 Allgemeines ... 62
   3.2 Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereiches für einstweilige Maßnahmen im Rahmen verbundener Verfahren ... 64
   3.3 Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereiches für einstweilige Maßnahmen bei Vorliegen einer Schiedsvereinbarung ... 66

F. Der für die Anwendbarkeit der EuGVVO erforderliche Auslandsbezug bei der Anordnung von Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes ... 69

G. Verhältnis der EuGVVO zu den Bestimmungen der autonomen Rechtsordnungen und zu den Bestimmungen bi- und multilateraler Übereinkommen ... 70

II. Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach der EuGVVO ... 71

A. Überblick über die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach der EuGVVO ... 71

B. Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 73

1. Allgemeines ... 73
2. Pflicht zur Justizgewährung ... 75
3. Begriff und Bestimmung des Hauptsachegerichts ... 76
   3.1 Begriff des Hauptsachegerichts ... 76
   3.2 Bestimmung des Hauptsachegerichts ... 78
   3.2.1 Allgemeines ... 78
   3.2.2 Überblick über die Hauptsachegerichtsstände der EuGVVO ... 79
   3.2.2.1 Allgemeines ... 79
   3.2.2.2 Der allgemeine Gerichtsstand (Art 2 EuGVVO) ... 79
   3.2.2.3 Die Wahlgerichtsstände (Art 5 bis 7 EuGVVO) ... 79
   3.2.2.4 Die Gerichtsstände in Versicherungs-, Verbraucher- und Arbeitssachen (Art 8 bis 21 EuGVVO) ... 81
   3.2.2.5 Die ausschließlichen Gerichtsstände (Art 22 EuGVVO) ... 82
   3.2.2.6 Der Gerichtsstand aufgrund einer Parteienvereinbarung (Art 23 EuGVVO) ... 84
   3.2.2.7 Der Gerichtsstand aufgrund rügeloser Einlassung des Beklagten auf das Verfahren (Art 24 EuGVVO) ... 85

3.2.2.8 Ausblick: Änderungen der EuGVVO im Hinblick auf Beklagter mit Wohnsitz bzw Sitz in einem Drittstaat nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 85
3.2.3 Beachtlichkeit der Einschränkungen der Hauptsachezuständigkeit ... 85
3.2.4 Die Prüfung der Hauptsachezuständigkeit im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ... 86
4. Begriff der einstweiligen Maßnahme bei Erlassung durch das Hauptsachegericht ... 88
5. Unionsrechtlich autonome Voraussetzungen der internationalen Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 88
5.1 Vorliegen des räumlich-persönlichen, sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereiches der Verordnung ... 88
5.2 Entscheidung der Hauptsache durch staatliches Gericht möglich ... 89
5.3 Vorliegen weiterer unionsrechtlich autonomer Voraussetzungen? ... 89
6. Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen vor und nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens ... 90
6.1 Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen vor Anhängigkeit des Hauptsacheverfahrens ... 90
6.1.1 Allgemeines ... 90
6.1.2 Bestimmung des Hauptsachegerichts vor Anhängigkeit der Hauptsache ... 92
6.1.3 Folgen konkurrierender internationaler Zuständigkeit ... 93
7. Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens ... 95
7.1 Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in einem Mitgliedstaat ... 95
7.1.1 Allgemeines ... 95
7.1.2 Zuständigkeit des fiktiven Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen? ... 96
7.1.3 Unionsrechtlich autonome Voraussetzungen für die Zuständigkeit des hypothetischen Hauptsachegerichts ... 98
7.1.4 Ergebnis ... 100
7.2 Die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in einem Drittstaat ... 101

C. Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Art 31 EuGVVO ... 102
1. Einführung ... 102
1.1 Ratio des Art 31 EuGVVO ... 102
1.2 Kritik an der erweiterten Gerichtspflicht des Gegners der gefährdeten Partei ... 104
1.3 Umfang der durch Art 31 EuGVVO eingeräumten Kompetenz ... 106
1.4 Charakter der Bestimmung – Verpflichtungs- oder Ermächtigungsnorm? ... 107
1.5 Die durch Art 31 EuGVVO eröffneten Gerichtsstände ... 111
1.5.1 Verweis auf die nicht als exorbitant ausgeschlossenen Gerichtsstände ... 111
1.5.2 Verweis auf die als exorbitant ausgeschlossenen Gerichtsstände des autonomen Rechts? ... 111
1.5.3 Ausschließlicher Verweis auf die Eilgerichtsstände des autonomen Rechts? ... 114
1.5.4 Verweis auf die fiktiven Hauptsachegerichtsstände? ... 115
1.5.5 Verweis auf die gegen das Diskriminierungsverbot verstoßenden Bestimmungen der autonomen Rechtsordnungen? ... 116
1.5.5.1 Allgemeines ... 116
1.5.5.2 Gerichtsstand aufgrund der inländischen Staatsbürgerschaft ... 118
1.5.5.3 Gerichtsstand aufgrund des inländischen Klägerwohnsitzes ... 118
1.5.6 Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach autonomem österreichischen Recht ... 119
1.6 Verhältnis des Art 31 EuGVVO zu Art 2, 5 bis 24 EuGVVO ... 119
1.6.1 Subsidiäre Geltung des Art 31 EuGVVO gegenüber Art 2, 5 bis 24 EuGVVO? ... 119
1.6.2 Verhältnis des Art 31 EuGVVO zu den Gerichtsständen in Versicherungs-, Verbraucher- und Arbeitssachen (Art 8 bis 14, Art 15 bis 17 und Art 18 bis 21 EuGVVO) ... 120
1.6.3 Verhältnis des Art 31 EuGVVO zu Art 22 Z 1 bis Z 4 EuGVVO ... 121
1.6.4 Verhältnis des Art 31 EuGVVO zu Art 22 Z 5 EuGVVO ... 122
2. Der Begriff der einstweiligen Maßnahme in Art 31 EuGVVO ... 124
2.1 Allgemeines ... 124
2.2 Die unionsrechtlich autonome Definition durch den EuGH ... 126
2.2.1 Allgemeines ... 126
2.2.2 Die Vorläufigkeit als Begriffsmerkmal einstweiliger Maßnahmen ... 126

2.2.3 Das Eilbedürfnis als Begriffsmerkmal einstweiliger Maßnahmen ... 129
2.2.4 Möglichkeit der Einleitung des Hauptsacheverfahrens ... 132
2.2.5 Arten der von Art 31 EuGVVO erfassten Maßnahmen ... 133
2.2.5.1 Einstweilige Sicherungs- und Regelungsverfügungen ... 133
2.2.5.2 Einstweilige Leistungsverfügungen ... 134
2.2.5.2.1 Einstweilige Leistungsverfügungen, die den Gegner der gefährdeten Partei zu einer Geldleistung verpflichten ... 134
2.2.5.2.2 Einstweilige Leistungsverfügungen, die den Gegner der gefährdeten Partei zu einer anderen (dh nicht in der Zahlung von Geld bestehenden) Leistung verpflichten ... 137
2.2.5.3 Einstweilige Duldungs- und Unterlassungsverfügungen ... 138
2.2.6 Ergebnis und Folgen der unionsrechtlich autonomen Auslegung ... 139
2.2.7 Einstweilige Maßnahmen in der österreichischen Rechtsordnung ... 141
2.2.7.1 Einstweilige Verfügungen ... 141
2.2.7.2 Einstweilige Vorkehrungen ... 143
2.2.7.3 Endbeschlüsse des Besitzstörungsverfahrens ... 143
2.2.7.4 Österreichischer und Europäischer Zahlungsbefehl sowie Entscheidungen, die in einem summarischen Verfahren ergehen, in dem die Rechtslage endgültig geklärt werden soll ... 144
2.2.7.5 Entscheidungen über den Anspruch auf Schadenersatz wegen einer zu Unrecht erlassenen einstweiligen Verfügung ... 144
2.2.7.6 Gläubigeranfechtungsklagen ... 144
2.2.7.7 Beschlüsse, welche die Exekution zur Sicherstellung anordnen ... 145
2.2.7.8 Einstweilige Beweisaufnahme-, Beweisbeschaffungs- und Beweissicherungsverfügungen ... 146
2.2.7.8.1 Allgemeines ... 146
2.2.7.8.2 Beweisaufnahme- und Beweisbeschaffungsmaßnahmen ... 147
2.2.7.8.3 Einstweilige Beweissicherungsverfügungen ... 149
2.2.8 Ausblick: Der Begriff der einstweiligen Maßnahme nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 151
3. Unionsrechtlich autonome Voraussetzungen für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Art 31 EuGVVO ... 152
3.1 Vorliegen des räumlich-persönlichen, sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereiches der Verordnung ... 152

3.2 Die Zuständigkeit des Staates folgt nicht bereits aus Art 2, 5 bis 24 EuGVVO ... 152
3.3 Vorliegen eines Antrags der gefährdeten Partei ... 152
3.4 Vorliegen einer „realen Verknüpfung“ zwischen dem Gegenstand der beantragten Maßnahme und der gebietsbezogenen Zuständigkeit der Gerichte des Mitgliedstaates ... 153
3.4.1 Ratio ... 153
3.4.2 Auslegung des Begriffs der realen Verknüpfung ... 154
3.4.3 Konkretisierung des Begriffs der realen Verknüpfung ... 156
3.4.3.1 Die reale Verknüpfung bei körperlichen beweglichen und unbeweglichen Sachen ... 156
3.4.3.2 Die reale Verknüpfung bei Forderungen des Gegners der gefährdeten Partei gegenüber Dritten ... 157
3.4.3.3 Die reale Verknüpfung bei vorläufigen Handlungs-, Duldungs- und Unterlassungsanordnungen ... 158
3.4.4 Darlegung der realen Verknüpfung im Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Maßnahme ... 159
3.4.5 Folgen der realen Verknüpfung ... 160
3.4.5.1 Beschränkung der internationalen Zuständigkeit auf das im Inland befindliche Vermögen? ... 160
3.4.5.2 Territoriale Wirkungsbeschränkung? ... 161
3.4.6 Wirkungen des Wegfalls der realen Verknüpfung nach Antragstellung ... 161
3.4.7 Besondere unionsrechtlich autonome Voraussetzungen für die Erlassung von einstweiligen Leistungsverfügungen nach Art 31 EuGVVO ... 162
3.4.7.1 Allgemeines ... 162
3.4.7.2 Gewährleistung der Rückzahlung des zugesprochenen Betrages ... 162
3.4.7.2.1 Ratio und Voraussetzungen für die gewährleistete Rückzahlung ... 162
3.4.7.2.2 Zulässigkeit einer Befristung der Sicherheitsleistung? ... 164
3.4.7.2.3 Zulässigkeit des Verzichts auf die Sicherheitsleistung? ... 164
3.4.7.2.4 Zwingende Anordnung einer Sicherheitsleistung ... 165
3.4.7.2.4.1 Geltendes Recht ... 165
3.4.7.2.4.2 Ausblick: Zwingende Anordnung einer Sicherheitsleistung nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 166
3.4.7.2.5 Art und Erbringung der Sicherheitsleistung ... 166
3.4.7.2.6 Höhe der Sicherheitsleistung ... 166
3.4.7.2.7 Folgen des Nichterlags der Sicherheitsleistung ... 167
3.4.7.2.8 Differenzierung zwischen vertraglichen und deliktischen sowie familienrechtlichen Rechtsverhältnissen ... 167

3.4.7.3 Räumlicher Bezug zwischen einstweiliger Maßnahme und angerufenem Gericht 168
3.4.7.3.1 Allgemeines 168
3.4.7.3.2 Auslegung 169
3.4.7.3.2.1 Sachliche Wirkungsbeschränkung der einstweiligen Maßnahme 169
3.4.7.3.2.2 Territoriale Wirkungsbeschränkung der einstweiligen Maßnahme? 170
3.4.7.3.2.3 Internationale oder örtliche Bezugnahme? 172
3.4.7.4 Auslegung der Wortfolge „befinden müsste“ 173
3.4.7.5 Einstweilige Leistungsverfügung für die Sicherstellung der Wirksamkeit des Urteils in der Hauptsache erforderlich 174
3.4.7.6 Fehlen einer Voraussetzung 174
4. Die internationale Zuständigkeit nach Art 31 EuGVVO vor und nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens 175
4.1 Die internationale Zuständigkeit nach Art 31 EuGVVO vor Einleitung des Hauptsacheverfahrens 175
4.2 Die internationale Zuständigkeit nach Art 31 EuGVVO nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens 175
4.2.1 Die internationale Zuständigkeit nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in einem Drittstaat 175
4.2.2 Die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Art 31 EuGVVO nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in einem Drittstaat 176
5. Exkurs: Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung österreichischer einstweiliger Maßnahmen nach autonomer österreichischer Rechtsordnung 176
5.1 Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach autonomem österreichischen Recht 176
5.1.1 Allgemeines 176
5.1.2 Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach § 387 EO iVm § 27a JN 178
5.1.2.1 Allgemeines 178
5.1.2.2 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen vor Einleitung eines Hauptsacheverfahrens 178
5.1.2.2.1 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach § 387 Abs 2 EO iVm § 27a JN 178
5.1.2.2.2 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach § 387 Abs 3 EO iVm § 27a JN 180
5.1.2.2.3 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen zum allgemeinen Schutz vor Gewalt (§ 382e EO) nach § 387 Abs 3 letzter Satz EO iVm § 27a JN 183

5.1.2.2.4 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre (§ 382g EO) nach § 387 Abs 4 EO ... 183
5.1.2.3 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach Einleitung eines Hauptsacheverfahrens ... 183
5.1.2.3.1 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach Einleitung eines Hauptsacheverfahrens im Inland (§ 387 Abs 1 EO iVm § 27a JN) ... 183
5.1.2.3.1.1 Allgemeines ... 183
5.1.2.3.1.2 Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Verfügungen bei Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts für die Entscheidung in der Hauptsache ... 184
5.1.2.3.1.3 Dauer der Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Verfügungen ... 185
5.1.2.3.1.4 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in Österreich ... 186
5.1.2.3.2 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach Einleitung eines Hauptsacheverfahrens im Ausland ... 186
5.1.2.4 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach rechtskräftigem Abschluss des Hauptsacheverfahrens ... 187
5.1.2.5 Die internationale Zuständigkeit Österreichs für die Erlassung einstweiliger Verfügungen während eines Exekutionsverfahrens ... 187
5.1.2.6 Die internationale Zuständigkeit Österreichs nach Sonderzuständigkeiten ... 187
5.1.2.6.1 Allgemeines ... 187
5.1.2.6.2 Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach dem PatG, dem HlSchG, dem MuSchG, dem GebrauchsmusterG und dem MusterschutzG ... 188
5.1.2.6.3 Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Verfügungen nach dem DSG 2000 ... 188
5.1.2.6.4 Ansprüche nach dem AtomHG 1999 ... 189
5.1.2.7 Weitere Voraussetzungen für die internationale Zuständigkeit Österreichs ... 189
5.2 Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung von Beweissicherungsverfügungen nach autonomem österreichischen Recht ... 191

D. Auswirkungen einer Gerichtsstands- bzw Schiedsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 193

1. Auswirkungen einer Gerichtsstandsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 193
1.1 Gerichtsstandsvereinbarungen über die Zuständigkeit für das einstweilige Rechtsschutzverfahren ... 193
1.1.1 Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen, die unmittelbar den einstweiligen Rechtsschutz betreffen ... 193
1.1.2 Zulässigkeits- und Wirksamkeitsvoraussetzungen für Gerichtsstandsvereinbarungen, die unmittelbar den einstweiligen Rechtsschutz betreffen ... 195
1.1.3 Vereinbarung über die Zuständigkeit für die Entscheidung in der Hauptsache und deren Auswirkungen auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen (mittelbare Gerichtsstandsvereinbarungen) ... 196
2. Auswirkungen einer Schiedsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 198
2.1 Bestimmung des sachlichen Anwendungsbereiches für einstweilige Maßnahmen bei Vorliegen einer Schiedsvereinbarung ... 198
2.2 Auswirkungen einer Schiedsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit des Hauptsachegerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 198
2.3 Auswirkungen einer Schiedsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit des nach Art 31 EuGVVO iVm dem autonomen Recht zuständigen Gerichts für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 200

E. Rügelose Einlassung des Beklagten auf das Verfahren und deren Auswirkungen auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 201

1. Rügelose Einlassung des Beklagten auf das Hauptsacheverfahren ... 201
2. Rügelose Einlassung des Gegners der gefährdeten Partei auf das einstweilige Rechtsschutzverfahren ... 202

F. Auswirkungen der Rechtshängigkeit auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen ... 203

1. Allgemeines ... 203
2. Auswirkungen der Rechtshängigkeit im Verhältnis zwischen Hauptsacheverfahren und einstweiligem Rechtsschutzverfahren ... 204
3. Auswirkungen der Rechtshängigkeit im Verhältnis zwischen mehreren einstweiligen Rechtsschutzverfahren ... 206
4. Die Koordinierung zwischen dem Hauptsacheverfahren und einem Provisorialverfahren bzw zwischen mehreren parallelen Provisorialverfahren ... 210
4.1 Allgemeines ... 210

4.2 Ausblick: Die Pflicht zur Kooperation nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 211
5. Außerkrafttreten der vom nach Art 31 EuGVVO iVm dem autonomen Recht zuständigen Gericht erlassenen einstweiligen Maßnahmen ... 212
6. Aufhebung oder Modifzierung einer von einem nach Art 31 EuGVVO iVm dem autonomen Recht zuständigen Gericht erlassenen einstweiligen Maßnahmen durch das Hauptsachegericht ... 212
G. Extraterritoriale Wirkungen einstweiliger Maßnahmen ... 213
1. Allgemeines ... 213
2. Extraterritoriale Maßnahmen durch das Hauptsachegericht? ... 214
3. Extraterritoriale Maßnahmen durch das nach Art 31 EuGVVO iVm dem autonomen Recht zuständige Gericht? ... 215
4. Ausblick: Anordnung extraterritorialer Maßnahmen nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 217

Teil III: Die Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen nach der EuGVVO ... 219

I. Einführung ... 221
A. Allgemeines ... 221
B. Regelung der Voraussetzungen der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen durch den Europäischen Gesetzgeber ... 222
C. Verhältnis der EuGVVO zu den Bestimmungen des autonomen Rechts und bi- und multilateralen Übereinkommen ... 223

II. Die Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen nach der EuGVVO ... 225
A. Anwendbarkeit des Kapitels III der EuGVVO auf Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes? ... 225
1. Einstweilige Maßnahmen als Entscheidungen iSd Art 32 EuGVVO ... 225
1.1 Allgemeines ... 225
1.2 Die gegenteilige Auffassung von *Dalhuisen* ... 228
1.3 Ausblick: Der Begriff der Entscheidung nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 231
1.4 Exkurs: Einstweilige Maßnahmen als Entscheidungen iSd Art 2 Z 4 EuEheKindVO ... 231

B. Voraussetzungen für die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung einstweiliger Maßnahmen nach den Bestimmungen der EuGVVO ... 233
1. Vorliegen des sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereiches der EuGVVO ... 233
1.1 Allgemeines ... 233
1.2 Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ohne Rücksicht auf das vom Erststaat angewandte Kompetenzrecht ... 234
2. Vorliegen einer Entscheidung eines Gerichts eines Mitgliedstaates ... 235
3. Vorliegen einer Entscheidung iSd Art 32 EuGVVO ... 236
3.1 Allgemeines ... 236
3.2 Rechtskraft als Erfordernis der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung nach der EuGVVO? ... 237
4. Anforderungen an das Verfahren ... 237
4.1 Allgemeines ... 237
4.2 Die Gewährung rechtlichen Gehörs vor der Erlassung der Entscheidung als Voraussetzung einer „Entscheidung“ iSd Art 32 EuGVVO? ... 238
4.2.1 Die Entscheidung des EuGH in der Rechtsache *„Denilauler/Couchet“* ... 238
4.2.2 Kritische Würdigung der Entscheidung ... 240
4.2.3 Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf die Verordnung? ... 245
4.2.4 Die rechtlichen und praktischen Auswirkungen der gegenteiligen Ansicht für den internationalen einstweiligen Rechtsschutz ... 249
4.2.4.1 Allgemeines ... 249
4.2.4.2 Rechtliche Folgen der Bestätigung der ex parte Maßnahme im Rechtsbehelfsverfahren ... 250
4.2.4.3 Rechtliche Folgen des ungenützten Verstreichens der Rechtsmittelfrist ... 251
4.2.4.4 Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von ex parte Maßnahmen nach anderen Übereinkommen? ... 253
4.2.5 Ausblick: Die Anerkennung und Vollstreckung von ex parte Maßnahmen nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EuGVVO ... 254
4.3 Die vom EuGH zu Art 24 EuGVÜ entwickelten Erfordernisse für einstweilige Leistungsverfügungen als Voraussetzung einer „Entscheidung“ iSd Art 32 EuGVVO? ... 254
4.4 Fehlen der in Art 34 und 35 EuGVVO normierten Versagungsgründe ... 256
4.4.1 Allgemeines ... 256
4.4.2 Verbot der révision au fond ... 257
4.4.3 Verstoß gegen den ordre public des Zweitstaates ... 257
4.4.3.1 Allgemeines ... 257

4.4.3.2 Verfahrensrechtlicher ordre public ... 258
4.4.3.3 Materiellrechtlicher ordre public ... 260
4.4.3.4 Ausschöpfung der Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Erststaat ... 261
4.4.4 Verstoß gegen das rechtliche Gehör bei Verfahrenseinleitung ... 261
4.4.4.1 Allgemeines ... 261
4.4.4.2 Einschränkung der Geltendmachung des Versagungsgrundes ... 262
4.4.5 Die Unvereinbarkeit der anzuerkennenden Entscheidung mit einer anderen Entscheidung ... 263
4.4.5.1 Allgemeines ... 263
4.4.5.2 Unvereinbarkeit mit Entscheidungen des Anerkennungsstaates ... 263
4.4.5.3 Unvereinbarkeit mit Entscheidung eines anderen Mitgliedstaates oder eines Drittstaates ... 264
4.4.5.4 Die Unvereinbarkeit zwischen Hauptsache-entscheidung und einstweiliger Maßnahme ... 264
4.4.5.5 Die Unvereinbarkeit zwischen zwei einstweiligen Maßnahmen ... 266
4.4.6 Verstoß gegen die Zuständigkeitsbestimmungen in Versicherungs- (Art 8 bis 14 EuGVVO) und Verbrauchersachen (15 bis 17 EuGVVO) bzw die Zwangszuständigkeiten nach Art 22 EuGVVO ... 268
4.4.6.1 Verbot der Überprüfung der internationalen Zuständigkeit des Erststaates ... 268
4.5 Zusätzliche Voraussetzungen für die Vollstreckbarerklärung einer Entscheidung nach der EuGVVO ... 269

C. Die Wirkungen der Anerkennung ausländischer einstweiliger Maßnahmen ... 270

1 Allgemeines ... 270
2. Überblick über anerkennungsfähige Wirkungen ... 272
2.1 Die materielle Rechtskraft ... 272
2.2 Präklusionswirkung ... 273
2.3 Gestaltungswirkung ... 274
3. Die anerkennungsfähigen Wirkungen einstweiliger Verfügungen nach österreichischem Recht ... 274
3.1 Materielle Rechtskraft ... 274
3.2 Präklusionswirkung ... 275
3.3 Gestaltungswirkung ... 275

D. Die Wirkungen der Vollstreckbarerklärung einstweiliger Maßnahmen ... 276

1. Allgemeines ... 276
2. Wirkungen der Vollstreckbarerklärung ... 276

E. Vollzug einstweiliger Maßnahmen, deren Wirkungen im Inland unbekannt sind ... 277

Teil IV: Zur Bestätigung einstweiliger Maßnahmen als Europäischer Vollstreckungstitel 279

I. Einführung 281

II. Einstweilige Maßnahmen als Europäische Vollstreckungstitel? 283

III. Einschränkung des Anwendungsbereiches auf unbestrittene, bestimmte und fällige Geldforderungen und dessen Folgen für einstweilige Maßnahmen 287

IV. Österreichische einstweilige Maßnahmen, die als Europäische Vollstreckungstitel bestätigt werden können 291

V. Voraussetzung für die Bestätigung einstweiliger Maßnahmen als Europäischer Vollstreckungstitel 293

A. Räumlicher, zeitlicher und sachlicher Anwendungsbereich der EuVTVO muss eröffnet sein 293

B. Vorliegen einer Entscheidung eines staatlichen Gerichts iSd Art 4 Z 1 EuVTVO 293

C. Stellung eines Antrages 294

D. Vollstreckbarkeit der Entscheidung 295

E. Einhaltung bestimmter Zuständigkeitsvorschriften der EuGVVO ... 295

F. Einhaltung besonderer Zuständigkeitsbestimmungen in Verbrauchersachen 296

G. Einhaltung verfahrensrechtlicher Mindeststandards bei den nach Art 3 Abs 1 lit b oder lit c EuVTVO als unbestritten geltenden Forderungen 297

1. Allgemeines 297
2. Die in Art 12 bis 19 EuVTVO normierten Mindestvorschriften 298
3. Heilung bei Verstoß gegen die in Art 12 bis 19 EuVTVO normierten Mindeststandards 300

Zusammenfassung 301

I. Allgemeines 301

II. Internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen 301

III. Auswirkungen einer Gerichtsstandsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen 304

IV. Auswirkungen einer Schiedsvereinbarung auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen 305

V. Rügelose Einlassung des Beklagten auf das Verfahren und deren Auswirkungen auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen 305

VI. Auswirkungen der Rechtshängigkeit auf die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen..... 306

VII. Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen..... 306

VIII. Einstweilige Maßnahmen als Europäischer Vollstreckungstitel..... 307

Literaturverzeichnis 309

Stichwortverzeichnis 335